

.....
Vorname, Name

Amtsgericht Göttingen
-Insolvenzgericht-
Berliner Straße 4-8

37073 Göttingen

zu Aktenzeichen:.....
(stets angeben)

Ich stelle

Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens, Stundung und Restschuldbefreiung

Ich beantrage die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über mein Vermögen.

Ich stelle Antrag auf Stundung der Verfahrenskosten und Restschuldbefreiung.

Ich bin nicht in den letzten fünf Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag wegen einer Insolvenzstraftat nach den §§ 283 bis 283c des Strafgesetzbuches rechtskräftig zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt worden.

Ich **erkläre**,

a) dass ich einen Antrag auf Restschuldbefreiung

bisher nicht gestellt habe. -Nummern **b)** und **c)** sind **nicht** auszufüllen.-

bereits gestellt habe am -auch Nummer **b)** ist ausfüllen.-

(Datum, Az., Gericht)

b) dass mir Restschuldbefreiung

erteilt wurde am -Nummer **c)** ist **nicht** auszufüllen.-

(Datum, Az., Gericht)

versagt wurde am –auch Nummer **c**) ist auszufüllen-.

(Datum, Az., Gericht)

c) dass die Versagung der Restschuldbefreiung erfolgte auf Grund

rechtskräftiger Verurteilung in dem Zeitraum zwischen Schlusstermin und Aufhebung des Insolvenzverfahrens oder in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist wegen einer Insolvenzstraftat zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten (§ 297 InsO).

vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der Auskunft- und Mitwirkungspflichten nach der Insolvenzordnung (§ 290 Abs. 1 Nr. 5 InsO).

vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtiger oder unvollständiger Angaben in der nach § 287 Abs. 1 Satz 3 InsO abzugebenden Erklärung und im Vermögens-, Gläubiger- und Forderungsverzeichnis und der Vermögensübersicht (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO).

Verletzung der Erwerbsobliegenheit ab Beginn der Abtretungsfrist bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens (§ 290 Abs. 1 Nr. 7 InsO).

einer Obliegenheitsverletzung im Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist (§ 296 InsO).

eines erst **nach** dem Schlusstermin oder **nach** Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit bekannt gewordenen Versagungsgrundes nach § 290 Abs. 1 Nr. 5, 6, 7 InsO (§ 297a InsO).

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu a) bis c).

Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 Satz 1 InsO

Lesen Sie hierzu die Erläuterungen im Merkblatt zur Regelinsolvenz und Restschuldbefreiung

Ich trete meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von 6 Jahren nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens an einen vom Gericht zu bestimmenden Treuhänder ab.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift